

Stand: 21.05.2024 20:01:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/11860

"Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Vorkehrungen für die Strategien zur Impfung gegen COVID-19 und die Bereitstellung von Impfstoffen COM(2020) 680 final BR-Drs. 625/20"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/11860 vom 01.12.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/15047 des GP vom 13.04.2021
3. Beschluss des Plenums 18/15303 vom 20.04.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 81 vom 20.04.2021



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat:
Vorkehrungen für die Strategien zur Impfung gegen COVID-19 und die Bereitstellung von Impfstoffen**

COM(2020) 680 final

BR-Drs. 625/20

Verfahren gemäß § 83c BayLTGescho

1. Der Ausschuss hat in seiner 32. Sitzung am 1. Dezember 2020 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags zur Mitteilung der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, die Mitteilung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit und Pflege zu überweisen (§ 83c Abs. 1 BayLTGescho).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Mitteilung der Europäischen Kommission landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Die Mitteilung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der von der Kommission am 17.06.2020 vorgelegten „[EU-Strategie für COVID-19-Impfstoffe](#)“. Sie befasst sich mit Maßnahmen für die EU-weite Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und dabei insbesondere mit der EU-weiten Verfügbarkeit von Impfstoffen, der Sicherheit und Wirksamkeit der Impfstoffe, der Sicherung der erfolgreichen Bereitstellung und ausreichenden Akzeptanz der Impfstoffe, der Priorisierung von bestimmten Bevölkerungsgruppen in der Anfangsphase sowie den Maßnahmen im Zeitraum bis zur Verfügbarkeit von Impfstoffen. Ziel der vorgeschlagenen Maßnahmen ist die Gewährleistung eines raschen und gleichberechtigten Zugangs der EU-Mitgliedstaaten und ihrer Bevölkerung zu sicheren, wirksamen und qualitativ hochwertigen Impfstoffen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**
Drs. 18/11860

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat:
Vorkehrungen für die Strategien zur Impfung gegen COVID-19 und die Bereit-
stellung von Impfstoffen**
COM(2020) 680 final
BR-Drs. 625/20

I. Beschlussempfehlung:

Der Landtag wolle beschließen:

Die von der Kommission am 17.06.2020 vorgelegte „[EU-Strategie für COVID-19-Impfstoffe](#)“ befasst sich mit Maßnahmen für die EU-weite Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und dabei insbesondere mit der EU-weiten Verfügbarkeit von Impfstoffen, der Sicherheit und Wirksamkeit der Impfstoffe, der Sicherung der erfolgreichen Bereitstellung und ausreichenden Akzeptanz der Impfstoffe, der Priorisierung von bestimmten Bevölkerungsgruppen in der Anfangsphase sowie den Maßnahmen im Zeitraum bis zur Verfügbarkeit von Impfstoffen. Ziel der vorgeschlagenen Maßnahmen ist die Gewährleistung eines raschen und gleichberechtigten Zugangs der EU-Mitgliedstaaten und ihrer Bevölkerung zu sicheren, wirksamen und qualitativ hochwertigen Impfstoffen.

Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben zur Kenntnis und bittet um Transparenz, insbesondere bei den Haftungsfragen, sowie um Berücksichtigung der folgenden Bedenken im weiteren Verfahren:

a) Menge der zur Verfügung stehenden Impfstoffe

Die Anzahl der derzeit verfügbaren Impfstoffe und Impfdosen wird nicht als ausreichend angesehen. Es wird die Lieferung einer größeren Anzahl an Impfdosen eingefordert. Aufmerksamkeit muss auch und gerade daraufgelegt werden, dass die Impfstoffe ihre Wirksamkeit gegen Mutanten behalten. Insbesondere notwendig sind Verlässlichkeit und Planbarkeit der Impfstofflieferungen, die aktuell noch nicht durchgehend gewährleistet ist.

b) Impfungen von Kindern und Jugendlichen

Derzeit ist in der EU lediglich der Coronavirus-Impfstoff Comirnaty der Firma BioNTech für die Anwendung bei Jugendlichen ab einem Alter von 16 Jahren zugelassen. Die Impfstoffe von Moderna und AstraZeneca sind für eine Anwendung ab einem Alter von 18 Jahren zugelassen.

Grundsätzlich ist auch eine Impfung von Jugendlichen und Kindern gegen COVID-19 wünschenswert.

Impfstoffe können, wie alle anderen Arzneimittel auch, nur für die Anwendung an Kindern und Jugendlichen zugelassen werden, wenn Daten zu Wirksamkeit und Unbedenklichkeit bei Kindern aus entsprechenden klinischen Prüfungen vorliegen.

Solche klinischen Prüfungen an Kindern und Jugendlichen werden schon aus ethischen Gründen in der Regel erst gestartet, wenn ausreichende Daten aus klinischen Prüfungen mit Erwachsenen vorliegen. Pharmazeutische Firmen sind verpflichtet, im Rahmen der Entwicklung von Arzneimitteln einen Paediatric Investigation Plan (PIP) vorzulegen, in dem auch die Prüfung an Kindern und Jugendlichen festgelegt wird.

Aufgrund der besonderen Schutzbedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen ist diese Vorgehensweise unbedingt einzuhalten

Berichterstatlerin: **Dr. Beate Merk**
Mitberichterstatlerin: **Christina Haubrich**

II. Bericht:

1. Das nichtlegislative Vorhaben der Europäischen Union (§ 83c BayLTGescho) wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben endberaten.
2. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat das EU-Vorhaben in seiner 47. Sitzung am 26.01.2021 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§83c Abs. 2 BayLTGescho).
3. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat das EU-Vorhaben in seiner 51. Sitzung am 2. März 2021 federführend beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Zustimmungzu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben in seiner 37. Sitzung am 13. April 2021 endberaten und einstimmig entschieden, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“

Bernhard Seidenath
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat:

Vorkehrungen für die Strategien zur Impfung gegen COVID-19 und die Bereitstellung von Impfstoffen

COM(2020) 680 final

BR-Drs. 625/20

Drs. 18/11860, 18/15047

Die von der Kommission am 17.06.2020 vorgelegte „[EU-Strategie für COVID-19-Impfstoffe](#)“ befasst sich mit Maßnahmen für die EU-weite Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und dabei insbesondere mit der EU-weiten Verfügbarkeit von Impfstoffen, der Sicherheit und Wirksamkeit der Impfstoffe, der Sicherung der erfolgreichen Bereitstellung und ausreichenden Akzeptanz der Impfstoffe, der Priorisierung von bestimmten Bevölkerungsgruppen in der Anfangsphase sowie den Maßnahmen im Zeitraum bis zur Verfügbarkeit von Impfstoffen. Ziel der vorgeschlagenen Maßnahmen ist die Gewährleistung eines raschen und gleichberechtigten Zugangs der EU-Mitgliedstaaten und ihrer Bevölkerung zu sicheren, wirksamen und qualitativ hochwertigen Impfstoffen.

Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben zur Kenntnis und bittet um Transparenz, insbesondere bei den Haftungsfragen, sowie um Berücksichtigung der folgenden Bedenken im weiteren Verfahren:

a) Menge der zur Verfügung stehenden Impfstoffe

Die Anzahl der derzeit verfügbaren Impfstoffe und Impfdosen wird nicht als ausreichend angesehen. Es wird die Lieferung einer größeren Anzahl an Impfdosen eingefordert. Aufmerksamkeit muss auch und gerade darauf gelegt werden, dass die Impfstoffe ihre Wirksamkeit gegen Mutanten behalten. Insbesondere notwendig sind Verlässlichkeit und Planbarkeit der Impfstofflieferungen, die aktuell noch nicht durchgehend gewährleistet ist.

b) Impfungen von Kindern und Jugendlichen

Derzeit ist in der EU lediglich der Coronavirus-Impfstoff Comirnaty der Firma BioNTech für die Anwendung bei Jugendlichen ab einem Alter von 16 Jahren zugelassen. Die Impfstoffe von Moderna und AstraZeneca sind für eine Anwendung ab einem Alter von 18 Jahren zugelassen.

Grundsätzlich ist auch eine Impfung von Jugendlichen und Kindern gegen COVID-19 wünschenswert.

Impfstoffe können, wie alle anderen Arzneimittel auch, nur für die Anwendung an Kindern und Jugendlichen zugelassen werden, wenn Daten zu Wirksamkeit und Unbedenklichkeit bei Kindern aus entsprechenden klinischen Prüfungen vorliegen.

Solche klinischen Prüfungen an Kindern und Jugendlichen werden schon aus ethischen Gründen in der Regel erst gestartet, wenn ausreichende Daten aus klinischen Prüfungen mit Erwachsenen vorliegen. Pharmazeutische Firmen sind verpflichtet, im Rahmen der Entwicklung von Arzneimitteln einen Paediatric Investigation Plan (PIP) vorzulegen, in dem auch die Prüfung an Kindern und Jugendlichen festgelegt wird.

Aufgrund der besonderen Schutzbedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen ist diese Vorgehensweise unbedingt einzuhalten.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Die fraktionslosen Abgeordneten? – Es sind im Moment keine anwesend. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

[illegible]

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umweltgutachten 2020 –
Für eine entschlossene Umweltpolitik in Bayern II:
Forschung zur Kreislaufwirtschaft und zum „as a service“-Ansatz
gezielt fördern
Drs. 18/12147, 18/13565 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umweltgutachten 2020 –
Für eine entschlossene Umweltpolitik in Bayern III:
Gewässerentwicklungskonzepte für alle Fließgewässer
Drs. 18/12148, 18/13802 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐ ENTH	☒	☒

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umweltgutachten 2020 –
Für eine entschlossene Umweltpolitik in Bayern IV:
Ökologische Gewässerentwicklung voranbringen
Drs. 18/12149, 18/13803 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umweltgutachten 2020 –
Für eine entschlossene Umweltpolitik in Bayern VIII:
Umweltgerechte Biomassenutzung bei der Energieerzeugung
Drs. 18/12153, 18/14405 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umweltgutachten 2020 –
Für eine entschlossene Umweltpolitik in Bayern IX:
Finanzielle Unterstützung für Forschung an langlebigen
Holzprodukten erhöhen
Drs. 18/12154, 18/14658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umweltgutachten 2020 –
Für eine entschlossene Umweltpolitik in Bayern X:
Aufstellung von integrierten Verkehrsentwicklungsplänen
Drs. 18/12155, 18/14267 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umweltgutachten 2020 –
Für eine entschlossene Umweltpolitik in Bayern XI:
Lärmschutzbeauftragte bzw. -beauftragten ernennen
Drs. 18/12156, 18/14268 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umweltgutachten 2020 –
Für eine entschlossene Umweltpolitik in Bayern XII:
Die öffentliche Beschaffung mit Vorbildcharakter nachhaltig ausrichten
Drs. 18/12157, 18/14406 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weideschlachtung und teilmobile Schlachtung fördern,
Hindernisse auf europäischer Ebene abbauen
Drs. 18/12506, 18/15051 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Verbraucherschutz bei Nahrungsergänzungsmitteln
Drs. 18/12516, 18/15052 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

19. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Abgasnorm Euro 7 stoppen –
Verbot des Verbrennungsmotors durch die EU verhindern
Drs. 18/12527, 18/15053 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

20. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Martina Fehlner, Christian Flisek u.a. SPD
Für ein buntes Bayern jetzt – Diskriminierungsverbot von
queeren Lebensweisen im Grundgesetz und in der
Bayerischen Verfassung verankern!
Drs. 18/13133, 18/15006 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Diskriminierungsfreien Zugang für trans*, inter* und nicht-binäre Personen zur Bayerischen Polizei schaffen
Drs. 18/13167, 18/15029 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

22. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Möglichkeit der Ausbildung im öffentlichen Dienst in hybrider Variante
Drs. 18/13478, 18/15030 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

23. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Stefan Löw u.a. und Fraktion (AfD)
Kein Einsatz von Polizeibeamten in Altenheimen!
Drs. 18/13498, 18/15032 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

24. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwendung von recycelten Baustoffen in Bayern
Drs. 18/13523, 18/15056 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

[illegible]

28. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Homeoffice im öffentlichen Dienst
Drs. 18/13771, 18/15035 (ENTH) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒ ENTH	☒	☒

29. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Guttenberger, Tobias Reiß, Dr. Franz Rieger u.a. CSU
Bericht zum Corona-Ausbruch im Ankerzentrum Bamberg und den getroffenen Schutzmaßnahmen
Drs. 18/13999, 18/15008 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒ ENTH	☒	☒

30. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Tobias Reiß, Holger Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Noch transparentere Erfassung frauenfeindlicher Straftaten
Drs. 18/14197, 18/15001 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒ A	☒	☒

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Transparenzregister - verschont unsere Vereine mit weiterer Bürokratie!
Drs. 18/14249, 18/15009 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒ ENTH	☐	☒ ENTH	☒	☒

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Transparenzregister – Gebührenbefreiung und Erhalt der
Mitteilungsfiktion für gemeinnützige Vereine und andere
steuerbegünstigte Körperschaften
Drs. 18/14266, 18/15010 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒ ENTH	☐	☒ ENTH	☒ ENTH	☒